

# Berliner Volkszeitung

## Eine Enthüllung.

Spitzen den Parteien des schwarzen Blocks, die gegenwärtig die Herrschaft im Reichstage ausüben, besteht angeblich die Freundschaft; ab und zu kann man aber einen Blick in die Kuffen tun, und da erfährt man, daß es mit dieser Freundschaft nicht sehr weit her ist. Eine eigenartige Affäre ist jetzt durch die in Stuttgart erscheinende „Schwäbische Wochenschrift“ aufgedeckt. Das Blatt hatte vor einigen Tagen die Rede eines Sozialdemokraten, die im Landtagswahlbezirk reise, hierauf hatte der hiesige „Kammern“ unter dem üblichen Ausfall gegen die liberale Presse behauptet, man sei kein wahres Wort. Jetzt veröffentlicht die „Schwäbische Wochenschrift“ als Antwort hierauf folgenden Brief des Reichstags- und Landtagsabgeordneten Bogt, dessen (Wirtschaftliche Vereinigung) an einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten.

Berlin, 14. Dezember 1906.

Sehr geehrter Herr! Ich habe ich hierin erwidert und teile Ihnen hierauf ergeben mit, daß meine Partei die Kandidatur Kempnau in Opposition mit allem Nachdruck aufrecht erhält, wenn Sie den Parteigenossen in Wedarum empfehlen und sie unterstützen, für mich einzutreten. Ich persönlich meine, Sie werden doch nicht dazu beitragen wollen, daß dieser Brief an Sie in der Öffentlichkeit veröffentlicht wird, wenn Sie nicht ausdrücklich zugestimmt haben. Ich bitte Sie, sich demnach zu verhalten. Ich bitte Sie, sich demnach zu verhalten. Ich bitte Sie, sich demnach zu verhalten.

Mit vollkommener Hochachtung

Ihr ergebener  
W. Bogt.

Der „Schwäbische Merkur“ bemerkt hierzu: „Aus diesem Briefe, von dem man doch annehmen muß, daß es nicht ist, geht hervor, daß der Abgeordnete Bogt tatsächlich ein Abkommen mit der Sozialdemokratie abgeschlossen hätte. Der Brief ist ein politischer Strohalm und eine Bestätigung vor allem, auch für das bündlerische Organ, das mit ihm angriffen auf andere Leute sehr reich bei der Hand war, ohne sich den Mangel an Substanz im eigenen Saufe genügend bewußt zu haben.“

Daß man in Bündlerkreisen auf das Zentrum nicht gut zu sprechen ist, weiß man längst; die blauen Volkbrüder wagen aber nicht, gegen ihre schwarzen Genossen offen aufzutreten. Sie tun auf deren behalf besonders im Osten angetrieben. Es sollte uns daher nicht wundern, wenn sich derartige Abkommen wie die hier aufgedeckte Affäre, angelehnt an die bestehenden Reichstagswahlen wiederholen würden. Denn dabei spielt empfindlich man in konterbärtigen Kreisen die letzten Bestimmungen darüber, daß das Zentrum, wenn es in den nächsten Reichstagswahlen in der jetzigen Stärke von 30 bis 40 Mandaten zurückbleiben würde, keineswegs für die bevorstehenden ein- bis fünfjährigen Bundessache sein würde. Die Sozialdemokraten in den nächsten Reichstagswahlen werden in einer Stärke von mehr als hundert Mann zu erwarten sein, so können dann Zentrum und Sozialdemokratie eine Mehrheit von mehr als zwei Drittel Mann aufweisen. Bei 397 Reichstagsmandaten sind zur absoluten Mehrheit 199 Stimmen erforderlich. Die Zentrumspartei hat dann in der Hand, den Konservativen und der Regierung die Mehrheit zu geben und diesen mit dem Zentrum zu den Sozialdemokraten zu drohen, wenn ihnen die Regierung nicht zu willigen ist. Eine Schwächung des Zentrums liegt also auch im Interesse der Konservativen Regierungspolitik. Vor der Hand weiß man aber in Regierungskreisen kein wirksames Mittel, um diese Schwächung zu verhindern.

## Konservative und Sozialdemokraten.

Die Konservativen haben übrigens oft genug befunden, daß sie über ein Rechtswort mit den Sozialdemokraten über die geringsten Krupel empfinden. Ueber einen neueren dieser Art berichtet die „Frankf. Ztg.“ aus Karlsruhe: „Ein nettes Beispiel dafür, wie sich die Konservativen zur Sammlungspolitik in der Praxis verhalten, wird aus dem nachstehenden Briefe mitgeteilt: Hier gingen die Konservativen zu einem Bundler mit dem Sozialdemokraten in die Verbindung. Die Verbindung funktionierte bis die Gemeinderatswahlen, wo die bündlerisch-sozialdemokratische Rathausverwaltung die Überlieferung aus nur eines Gemeinderatsbesitzes an die Liberalen schroff ablehnte. Der Brief, in dem dies mitgeteilt wird, ist von sozialdemokratischen Führern geschrieben und von den Liberalen unterschrieben. Bei den Kreiswahlen wurde ganz im geheimen eine gemeinsame bündlerisch-konservativ-sozialdemokratische Liste aufgestellt und kurz vor der Wahl herausgegeben. Die Liberalen sind in diesem Vorhaben. Gewählt wurden 7 national-liberale, bündlerisch-konservativ und 2 sozialdemokratische Wahlmänner. Die konservativen und sozialdemokratischen Wahlmänner haben ein und dieselbe Seite. Bezieht man die „Bündlerische Liste“ vollständig erklären kann, daß der konservativen Parteileitung aus dem Wunsch am 14. Oktober die Namen der konservativen Männer ermittelt worden seien, die bei der Bundtagswahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Trinks agitiert hatten.“

Die heißt, die staatsgerichtlichen Konservativen können auch mit dem „Imfuzer“ gut stellen, wenn das nicht ist.

## Kurze Chronik.

- Der Kaiser ist gestern abend um 11 1/2 Uhr nach Kiel zur Besichtigung der Marineskuten abgereist. Er traf dort heute früh um 7 1/2 Uhr ein und nahm an Bord der „Deutschland“ Wohnung.
- Der preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer hat erklärt, daß er sich nicht für eine weitere Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr ausgesprochen habe.
- In Paris soll im Jahre 1920 eine Weltausstellung veranstaltet werden.
- Bei Wahlen in Mexiko sind gestern gegen hundert Mann getötet worden.
- Mährers im Text des Blattes.

## Tolstoi und Stolppin.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Petersburg, 19. November. Die Ansichten der Ärzte über den Zustand Tolstois sind geteilt. Während ein Teil der Medizin auf Genesung nicht ausbleibt, erklären andere, insbesondere der Baharaj Etkowski, daß an dem Ankommen Tolstois zweifelhaft werden müsse, weil es sich um eine ungemein schwere Form von Lungenerkrankung handelt, die das Herz des Greises kaum überwinden wird. Aus allen Bulletin geht hervor, daß Tolstoi in einer Krise liegt, die sehr langsam verläuft. Noch reichen seine physischen Kräfte bei Unterstützung durch Medikamente, doch mehr sich die Anfälle von Schwäche und Bewußtlosigkeit. Die seitliche Lage wird wohl einige Tage anhalten, bevor eine positive Wendung eintritt. Das Kabinett beschäftigt sich endlich mit der Frage über Tolstois eventuelles Einverständnis, Stolppin befürchtet beim Tode Tolstois nicht mit Unrecht den Ausbruch von Unruhen, wenn im Hinblick auf Tolstois Glorifizierung Messen und kirchliche Feiern verboten werden. Der heilige Erzbischof ist der Frage nähergetreten, jedoch zu keiner positiven Entscheidung gekommen. Er erst die Neue Tolstois abwarten will. Stolppin will das nicht gelten lassen und verlangt aus innerpolitischen Gründen, daß der Wagnislauf von Tolstois genommen wird. In dieser Frage wurde bisher keine Einigung erzielt.

## Die englischen Neuwahlen.

Da das englische Parlament nach den Premierminister Asquith in der gestrigen Sitzung des Unterhauses abgegebene Erklärungen am 28. November aufgelöst werden wird, soll der Wahlkampf am 3. Dezember beginnen. Wie aus London berichtet wird, kam in den letzten abgehaltenen Reden der Parteiführer zum Ausdruck, daß in dem Wahlkampf der Liberalen werden mußte, als das Volk über eine Welle des Ganges der Werts als eine Verdrängung ihrer Behauptung wachte. Die Liberalen Plakat sind der Überzeugung, Asquith habe von König das Versprechen erhalten, daß im Falle eines Sieges der Liberalen eine genügende Anzahl von Peers ernannt werden solle, um den Widerstand der Lords gegen die Verdrängung ihres Vetorechts zu brechen. Sie loben alle einmütig den hohen Wert und die Wichtigkeit, die Asquith in dieser Krisis bewiesen habe. Die konservativen Blätter sind der Ansicht, daß die Haltung der Regierung während der Debatte auf Meinungsverschiedenheiten unter den Ministern schließen lasse.

## Das neue Kurpfuschereigetz.

Der Gesetzentwurf betreffend die Vereinfachung von Wundbehandlungen im Heilgewerbe soll dem in letzter Zeit überhandnehmenden Kurpfuschertum einen Riegel vorziehen. Der Entwurf beachtet nicht, das Praktizieren aller Nichtmediziner zu verbieten, wie den größten Teil der sogenannten Heilbesessenen unter Ratlicher Aufsicht stellen. Für diese Heilbesessenen, die sich gewerbsmäßig mit der Behandlung von Krankheiten und Weiden jeder Art beschäftigen, also alle Nichtmediziner, sieht der Entwurf eine Anmeldepflicht ihrer Betriebe bei der Polizei vor, auch ist die Polizei berechtigt, Informationen über die rechtlichen Verhältnisse dieser Heilbesessenen einzuziehen. Ferner kann die Polizei das Verlangen stellen, ihr Einblick in die Geschäftsbücher zu verschaffen, deren Führung besonderen Vorschriften unterliegt.

Die Behandlung von gemeingefährlichen Krankheiten, Geschlechtsleiden, Krebs wird den Heilbesessenen verboten, auch eine Fernbehandlung und andere in diesen Kreisen beliebte Behandlungsmethoden sollen verboten sein. Auch der Verkauf von Rezepten und Heilmitteln ist nicht mehr gestattet worden, desgleichen der Verkauf von Geheimmitteln und anderen Gegenständen zur Verhütung oder Heilung von Krankheiten. Durch diese Vorschriften soll den Verbrechen gegen das menschliche Leben entgegengetreten werden und vor allem eine Ausbeutung der Käufer verhindert werden.

Von den übrigen Bestimmungen des Entwurfes seien noch erwähnt: Strafbestimmungen gegen wissentlich unwahre Angaben in öffentlichen Kundgebungen und über den Wert der angepriesenen Mittel. Eine Kommission, die dem Reichstag den Gesetzentwurf angelegt werden soll, wird dem Bundesrat bei Erlaß von Ausführungsbestimmungen, die jederzeit geändert werden können, mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Die vereinfachte französische Regierung. Der Pariser „Gil Blas“ veröffentlicht, wie aus einem Telegramm aus Paris erhellt, einen Artikel über einen Zwischenfall, der sich in der russischen Reichshauptstadt ereignet hat. Ein Mitglied der äußeren Angelegenheiten, die russische Regierung, hatte eine Rede über die Schulfrage gehalten, in der er heftige Ausfälle gegen Frankreich machte. Durch-

seits erging sich in lebhaften Verteidigungen gegen Frankreich und sagte unter anderem: Wir können uns ein Beispiel an dem Anstand nehmen, insofern, als es sich um Deutschland und England, speziell aber um Deutschland handelt. Aber es ist nicht statthaft, Frankreich zum Vorbild zu wählen, wo die Regierung nur aus Kanakillen besteht. Die Verteidigungen der französischen Regierung veranlaßten eine Protestbewegung seitens der Studenten, aber der Duma-Präsident Guttschikow erwiderte sich, dem Redner einen Ordnungsruf zu erteilen. Der „Gil Blas“ richtet nun an die Minister Briand und Bichon die Anfrage, was sie angeht der unerhörten Sanktion Guttschikows zu tun gedenken.

## Eine Wahlchlacht in Mexiko.

Gegen 100 Personen getötet.

Telegraphische Meldungen, die aus Puebla in Mexiko eingetroffen sind, belegen, daß gestern abend zwischen Bundesstruppen und den Gegnern einer Wiederwahl des gegenwärtigen Präsidenten Porfirio Diaz ein Kampf stattgefunden habe, in dem die Bundesstruppen siegreich gewesen seien. Nach amtlichen Berichten sind 18 Mann gefallen, nach nichtamtlichen gegen hundert.

Ein weiteres Telegramm aus Mexiko berichtet uns über die blutigen Zusammenstöße in Puebla: Mexiko, 19. November. Nach dem Bericht von Reisenden, die hier aus Puebla eingetroffen sind, begannen die getrigen Unruhen als die Polizei unter Führung ihres Chefs eine Protestversammlung gegen die Wiederwahl Porfirio Diaz zum Präsidenten aufzulösen versuchte. Diese Versammlung fand in einem großen Saal statt, dessen Tür bei Ansturm der Polizei von einer Frau aufgeschlossen wurde, die durch einen Revolverbeschuss den Polizeichef tötete. In dem sich darauf entzündenden Handgemenge wurde auch aus einem Fenster eine Bombe geschleudert, die viele Polizisten tötete. Endlich gelang es, das Gebäude zu räumen. Aus der Stadt Mexiko trafen dann Truppen ein; sie griffen verhaftet durch Landeute, das Haus an, in dem sich die Aufrechter verhalten hatten, und nahmen es nach beiderseitigem heftigen Gemetzel. Eine große Zahl der Aufrechter wurde getötet, darunter mehrere Frauen. Unter diesen auch die, die den Polizeichef erschossen hatte. Es wurden 100 Gewehre und viel Munition beschlagnahmt.

Nach den letzten Meldungen soll Ledezama wiederbestellt sein. Angeblich hatten die Aufrechter für morgen einen Aufstand in der Stadt Mexiko geplant. Es sind umfassende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen worden.

Der Deutsche Städtetag und die Fleischsteuerung. Nammer liegt die Eingabe des Vorstandes des Deutschen Städtetages an den Reichstag wegen Hebung der Fleischsteuerung gedruckt vor. Einleitend wird in der Eingabe betont, daß die wiederholten Verschiebungen des Städtetages bisher völlig unüberdacht geblieben sind. Unter Bezugnahme auf die Eingaben verschiedener Stadtverwaltungen wird sodann dargelegt, daß im Laufe des letzten Sommers die Kind- und Kalbfleischpreise sogar weiter und geradezu frumhaft gestiegen sind, und daß das Steigen der Preise neuerdings auch auf die seit 1906 bereits übermäßig hohen Schweinepreise übergriffen hat. Zur Abhilfe der gegenwärtigen Notlage, der sich die Städte zu erwehren haben, verlangt die Eingabe besonders die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh und von Fleisch aus dem Ausland, insbesondere auch die Freigabe der Grenzen für gefähtes und getretenes Fleisch. — Voraussetzungslos bleibt auch diese Eingabe unberücksichtigt, da nach wie vor agrarisch Trumpf ist. In dieser Anknüpfung befaßt uns die Stellung des preussischen Landwirtschaftsministers. Gestern ist die Ständige Kommission des Landesökonomikrates in Berlin im Abgeordnetenhaus zu einer Beratung darüber zusammengetreten, inwieweit die bezüglichen Maßnahmen zur Förderung der Viehzucht sich bewährt haben und welche besonderen Maßnahmen zur weiteren Vergrößerung der gesamten Viehhaltung und zur Steigerung der Gesamterzeugung der Viehzucht und Viehhaltung noch empfohlen werden können. Der Landwirtschaftsminister war mit zahlreichen Kommisionären seines Ministeriums erschienen und nahm, wie das hiesige Städtetagsblatt mit erschütterter Genugtuung mitteilt, im Anschluß an die Begründung durch den Vorsitzenden Anlaß, die Mitteilung der „Allgemeinen Reichskorrespondenz“, daß er im Staatsministerium sich dafür ausgesprochen habe, die Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr in „erweitertem Umfang zu öffnen, als „völlig unzutreffend“ zu bezeichnen.

Das Wohnungsgesetz. Der Deutsche Juristentag hat beschloffen, eine Umfrage über das Wohnungswesen zu veranstalten. Die Umfrage ist außerordentlich umfangreich. Sie betrifft die kommunale Wohnpolitik, das Erbbaurecht, das Hypothekenrecht, das Hypothekendarlehen und den Bankrott, die Verlegung zweier Hypotheken, Mietrecht, Erbrecht und Zwangsversteigerung. Jeder einzelne dieser Punkte enthält eine Menge Unterfragen. Die Umfrage soll ein Wohnungsgesetz vorbereiten, das Häuserbau erleichtert und ein neues Wohn- und Mietrecht schaffen helfen. Bisher sind hauptsächlich Hausbesitzer mit der Umfrage befaßt worden. Ammunder hat sich aber die ständige Deputation des Juristentages auch an den Groß-Berliner Mieterbund mit dem Ersuchen um sein Urteil und seine Erfahrungen gewandt. Der Mieterbund hat in seiner letzten Delegiertenversammlung eine Kommission ernannt, die das Material ausfindig machen und die Umfrage beantworten soll. Diejenigen Mieter, die sich für die Fragen interessieren und zu der Beantwortung ihre Erfahrungen beisteuern wollen, wollen sich gegenseitig an den Vorsitzenden des Groß-Berliner Mieterbundes, Herrn Hermann Köstke, SW. Teltower Straße 16, wenden.

Eine Ministerkrise in Portugal. Einem Telegramm aus Lissabon zufolge hat der Minister der öffentlichen Arbeiten seine Entlassung genommen; er wird zum Gesandten in Rio de Janeiro ernannt werden.

Friede in Uruguay. Aus Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay wird berichtet: Der Friede zwischen der Regierung und den Aufständischen ist endgültig geschlossen. Die Regie-